

Gründungskonferenz der neuen Partnerorganisation CDC

NEUES ZENTRUM WIRD SICH KÜNFTIG FÜR DIE VERBREITUNG DES CHRISTLICHEN HUMANISMUS IM LANDE EINSETZEN

Am 22. Juli hat die neue Partnerorganisation der Konrad-Adenauer-Stiftung in Chile, das Centro Democracia y Comunidad (CDC), im Rahmen einer internationalen Fachkonferenz mit dem Titel „Demokratie und Gemeinschaft: Der Christliche Humanismus als Fundament der Zukunft Chiles“ offiziell seine Arbeit aufgenommen. Während der Veranstaltung diskutierten zahlreiche renommierte Teilnehmer aus dem In- und Ausland in drei Themenblöcken die beiden Begriffe, die den Namen des neuen Zentrums bilden. Im Anschluss wurde das CDC vom ehemaligen chilenischen Staatspräsidenten Patricio Aylwin der Öffentlichkeit vorgestellt. Die zahlreich erschienenen Gäste (insgesamt circa 250) sowie die starke Medienpräsenz während der Veranstaltung spiegelten hierbei das hohe Interesse der Öffentlichkeit am neuen Bildungs- und Beratungsinstitut wider.

Das Centro Democracia y Comunidad (CDC) ist eine im Frühjahr 2010 gegründete gemeinnützige Organisation mit dem Ziel, die Ideen des christlichen Humanismus in Chile zu verbreiten und vor allem in der Politik zum Ausdruck zu bringen. Unter den 17 Gründungsmitgliedern befinden sich hochrangige Vertreter aus Politik und Wirtschaft, unter anderem eine Reihe von ehemaligen Ministern und Staatssekretären, wie z.B. Frau **Marigen Hornkohl** und Herr **Hugo Lavados**, bis vergangenen März Landwirtschaftsministerin bzw. Wirtschaftsminister in der Regierung von Präsidentin Michelle Bachelet. Geleitet wird das Zentrum von der Exekutivdirektorin Frau **Cristina Orellana**, ehemalige Geschäftsführerin von SERCO-TEC, einer staatlichen Behörde zur Förderung kleiner und mittlerer Unternehmen. Unterstützt wird sie von einem Stab von 7 Mitarbeitern. Mit der Konferenz am 22. Juli, organisiert in Zusammenarbeit mit dem Auslandsbüro der Konrad-Adenauer-Stiftung in Chile, wurden die Aktivitäten des neuen Zentrums offiziell aufgenommen.

Einleitung und Überblick

Eröffnet wurde die Veranstaltung im Hotel Crowne Plaza in der Hauptstadt Santiago von Herrn **Edgardo Riveros**, Präsident des Centro Democracia y Comunidad und zuletzt Staatssekretär im Präsidentschaftsamt. In seinem Grußwort bedankte er sich zuallererst bei der Konrad-Adenauer-Stiftung für die monatelange Unterstützung im Gründungsprozess des CDC, in Zukunft die einzige institutionell geförderte Partnerorganisation der Stiftung in Chile. Für das CDC sei es eine große Genugtuung, sich zu den mittlerweile fast fünf Jahrzehnte andauernden Initiativen der KAS in Chile zählen zu können: „Wir sind stolz darauf, einen Partner zu haben, der sich mit den Idealen von Adenauer, Erhard, Kohl und Merkel identifiziert“. Einen speziellen Gruß richtete Herr Riveros an die stellvertretende Vorsitzende der Stiftung, Frau Prof. Beate Neuss, die extra zu dieser Veranstaltung aus Deutschland angereist war und mit zwei Fachreferaten die Diskussion während des eintägigen Symposiums bereicherte.

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

CHILE

MARTIN F. MEYER

2. August 2010

www.kas.de/chile

Herr Riveros unterstrich des Weiteren, dass sich die Welt aufgrund der Globalisierung in den letzten beiden Jahrzehnten grundlegend geändert habe. Dies treffe insbesondere auf Chile zu. Das Land sei heute ein ganz anderes als noch vor zwanzig Jahren. Damals habe man kein Internet, Kabelfernsehen oder Mobiltelefon gekannt, auch die mangelhafte öffentliche Infrastruktur habe seinerzeit die Konnektivität zwischen den Chilenen beeinträchtigt. Nicht nur diese Aspekte seien laut Riveros nun anders, auch die Menschen im Lande hätten sich verändert. Anfang der neunziger Jahre habe die Armut bei fast 40 Prozent gelegen, die Inflation bei fast 28 Prozent. Des Weiteren sei Chile aufgrund der ständigen Menschenrechtsverletzungen der Militärdiktatur international isoliert gewesen. Nach zwei Jahrzehnten demokratischer Regierung könne man in all diesen Punkten viele Verbesserungen vorweisen. Dennoch gebe es weiterhin eine Reihe wichtiger Herausforderungen, die in der Zukunft zu bewältigen seien. Das Gedankengut des christlichen Humanismus könne – wie vom Untertitel der Konferenz angedeutet – die notwendige Orientierung für dieses Unterfangen liefern.

Zur Verbreitung der Ideen des christlichen Humanismus in Chile habe das CDC drei Bereiche als Prioritäten ausgemacht: (1) Politische Bildung und Beratung, (2) Studien und Projekte, (3) Information und Kommunikation. Es sollen demnächst auch sieben Arbeitsgruppen gebildet werden, die sich mit Themen wie der Weiterentwicklung der wirtschaftlichen und sozialen Ordnung, der Schaffung einer wirkungsvollen Kommunalpolitik oder dem Aufbau einer Wissensgesellschaft befassen werden. Riveros betonte, dass das CDC kein Interesse daran habe, diese Themen in Zukunft alleine zu bearbeiten – vielmehr müsse es eine enge Kooperation mit anderen Instituten geben, insbesondere mit denen, die sich mit den Idealen des christlichen Humanismus identifizieren würden, um so eine Duplikation der Aktivitäten zu vermeiden. „Wir alle haben den Blick auf die Zukunft gerichtet“, so Riveros.

Anschließend ergriff der Landesbeauftragte der KAS in Chile, Herr **Winfried Jung**, das Wort und wünschte Herrn Riveros und sei-

nem Team einen erfolgreichen Start und alles Gute für die Zukunft. Er verbinde damit die Hoffnung, dass es dem Zentrum möglichst schnell gelingen möge, sich als öffentlicher Meinungsbildner in der chilenischen Gesellschaft zu etablieren und mit Hilfe von Erfahrungsaustauschen konkrete Vorschläge im Hinblick auf die Gestaltung von Politik, Wirtschaft und Gesellschaft zu entwickeln. Im Vordergrund sollte dabei stehen, durch ein attraktives Bildungs- und Beratungsangebot den Bürgerinnen und Bürgern des Landes zu ermöglichen, basierend auf klaren Wertüberzeugungen eine aktive Rolle in Staat und Gesellschaft zu übernehmen. Hierfür würden die Erkenntnisse und Einblicke aus dieser Konferenz dem CDC mit Sicherheit wertvolle Anregungen liefern können.

Hinsichtlich des Veranstaltungsthemas „Demokratie und Gemeinschaft“, gleichlautend mit dem Namen und dem Auftrag des neuen Zentrums, handele es sich laut Jung um ein zeitlos bedeutendes Thema. Für jede politische Ordnung gelte zunächst, dass sie nicht endgültig fixiert sei, da sie im Zeitablauf immer wieder neu auf ihre Legitimation und Effizienz hin befragt werden müsse. Auch die Demokratie müsse sich insbesondere seit dem Ende des Ost-West-Konflikts einer Reihe neuer Herausforderungen stellen: Schwindende Bindungen, eine wachsende Distanz des Bürgers zum Staat, Entsolidarisierung, Erosion von Gemeinschaftsbindungen sowie ein Vertrauensverfall gegenüber Institutionen seien nicht unübersehbar. Im Falle von Lateinamerika und auch – nach wie vor – von Chile, komme noch ein hohes Maß an Ungleichheit und Ausgrenzung hinzu sowie eine zunehmende Fragmentierung und Schwäche der Strukturen und Institutionen. Vor diesem Hintergrund sei es an der Zeit, im Rahmen dieses Symposiums über notwendige Reformen nachzudenken, wie z.B. der Ausbau zivilgesellschaftlicher Strukturen oder die Verbesserung des Bildungswesens (besonders hinsichtlich politischer Bildung). Es freue ihn, dies dank der eingeladenen Teilnehmer aus internationaler, aus lateinamerikanischer sowie aus chilenischer Sicht tun zu können.

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

CHILE

MARTIN F. MEYER

2. August 2010

www.kas.de/chile

Auch Herr **Juan Carlos Latorre**, Präsident der Christdemokratischen Partei (PDC) Chiles und Abgeordneter des Parlaments, betonte die Notwendigkeit und die wichtige Rolle des neuen Zentrums, das auf Basis des christlichen Humanismus die Weichen für eine erfolgreiche und in sozialer Verantwortung geprägten Zukunft des Landes legen möchte. Obwohl es sich beim CDC um ein Institut handele, das sowohl personell als auch programmatisch der Christdemokratischen Partei nahe stünde, sei es gleichzeitig ein „Gemeinschaftsprojekt aller Chilenen“, das verschiedene Meinungen vertreten und als Brücke des Dialogs fungieren werde.

Die Demokratie in der Welt und in Chile: Stand und Perspektiven

Im anschließenden ersten Forum des Tages – moderiert von Herrn **Francisco Frei**, erster Vizepräsident des CDC – widmeten sich die Referenten dem jetzigen Stand und den künftigen Perspektiven der Demokratie in der Welt. Hierzu hielt die stv. Vorsitzende der Konrad-Adenauer-Stiftung und Professorin für Internationale Politik an der Technischen Universität Chemnitz, Frau **Beate Neuss**, einen Vortrag mit dem Titel „Die aktuellen Herausforderungen der Demokratie im 21. Jahrhundert“. Frau **Fabiana Cifanelli** aus Argentinien, Koordinatorin des Demokratie-Indexes Lateinamerika (IDD-Lat), befasste sich anschließend mit der regionalen Entwicklung der Demokratie.

Ein Expertenpanel bestehend aus Herrn **Sergio Molina**, ehemaliger Finanz-, Planungs- und Bildungsminister, Herrn **Ricardo Núñez**, Präsident des Think Tanks „Instituto Igualdad“ und ehemaliger Senator, Frau **Carolina Tohá**, Präsidentin der Sozialdemokratischen Partei (PPD) und ehemalige Ministerin, sowie Herrn **Alberto Undurraga**, Bürgermeister von Maipú und zweiter Vizepräsident des CDC, äußerte sich danach zum Thema „Chile: 20 Jahre nach der Rückkehr der Demokratie“. Moderiert wurde das Panel von Herrn **Patricio Vallespín**, Fraktionsführer der Christdemokratischen Partei im Abgeordnetenhaus.

Herausforderungen der Demokratie im 21. Jahrhundert

Mit dem Fall der Berliner Mauer 1989, betonte **Beate Neuss**, seien nicht wenige davon ausgegangen, dass die Demokratie als ordnungspolitisches Modell global gesiegt habe und es in Zukunft keine großen Auseinandersetzungen über Gesellschafts-, Wirtschafts- und Staatsformen mehr geben werde. Die gegenwärtigen Beispiele Russland, China oder Venezuela würden jedoch zeigen, dass die Akzeptanz gegenüber der Demokratie als „anspruchsvolle Regierungsform für Regierte und Regierende“ immer noch brüchig sei. Hinzu komme, dass sich im 21. Jahrhundert alle demokratischen Staaten in der Welt immer größeren Herausforderungen stellen müssten. Hervorzuheben seien in diesem Zusammenhang insbesondere (1) der internationale Terrorismus, (2) wirtschaftliche Verwerfungen und ihre Folgen, (3) die Entstehung von Parallelgesellschaften und (4) die modernen Informationstechnologien.

Die Herausforderungen durch den internationalen Terrorismus seien allen seit dem 11. September 2001 erschreckend bewusst geworden. Seitdem sei es zwar zu keinem weiteren Angriff in dieser Größenordnung gekommen, dennoch belaste der Terrorismus die Demokratien auch weiterhin. Da die Gewährleistung von Sicherheit zu den Hauptaufgaben des Staats zähle und Terrorangriffe über die menschlichen Opfer hinaus stets auch Auswirkungen auf die Wirtschaft und damit auf den Wohlstand hätten, müsse jeder Staat bemüht sein, sich vor dem Terrorismus zu schützen. Besonders labile Staaten würden oft politisch und wirtschaftlich in Mitleidenschaft gezogen werden. Terrorismus bedeute Wohlstandsverlust, da der Wandel wegen der Sicherheitsmaßnahmen erheblich verteuert werde und allgemeine Anti-Terrormaßnahmen kostspielig seien. Diese Finanzmittel stünden den Gesellschaften dadurch nicht mehr zur Verfügung, z.B. für soziale Maßnahmen.

Auch wirtschaftliche Verfehlungen und die globale Finanz- und Wirtschaftskrise hätten die Demokratien des 21. Jahrhunderts hart getroffen. Die hohe Verschuldung der Staa-

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

CHILE

MARTIN F. MEYER

2. August 2010

www.kas.de/chile

ten erschwere es, Familien-, Bildungs- und Integrationsmaßnahmen zu initiieren. Darüber hinaus habe die moderne Wirtschaft mit ihrem raschen Strukturwandel zu einer Entwicklung beigetragen, die den jahrzehntelangen Trend zu einer breiten, wohlhabenden Mittelschicht, die die Demokratie für gewöhnlich trage, umgekehrt. Ein hoher Ausbildungsstand und große Flexibilität seien wesentliche Merkmale der Wirtschaft im 21. Jahrhundert. Wer beides habe, könne aufsteigen, für schlecht Ausgebildete fehle dagegen die Arbeit.

Der gesellschaftliche Zusammenhalt werde zudem von der Ausbildung von Parallelgesellschaften gefährdet, z.B. zwischen gut und schlecht Ausgebildeten oder zwischen Vertrauten und Unerfahrenen im Umgang mit den neuen Informationstechnologien. Die am leichtesten erkennbaren Parallelgesellschaften seien die der Migranten, die oft nicht bereit seien, sich zu integrieren oder die Sprache der neuen Heimat zu erlernen. Das Interesse und die Partizipation am gesellschaftlichen und politischen Leben würden entsprechend gering ausfallen. Frau Neuss betonte, dass sie den Rückgang der Teilnahme am demokratischen Geschehen zwar nicht dramatisieren wolle, grundsätzlich bestehe aber bei geringer Wahlbeteiligung die Gefahr, dass das politische System nicht mehr ausreichend legitimiert werde.

Viertens, würde die in den letzten Jahren rasant gestiegene Medienvielfalt einerseits zu einer bisher nicht gekannten Transparenz des politischen Prozesses führen – was durchaus positiv sei – andererseits aber auch zu einer Fragmentierung des Wissens führen. Komplexe Sachverhalte würden immer mehr „verkürzt, zugespitzt, polarisiert“ werden. „Statt in einer Wissensgesellschaft zu leben“, so Neuss, „leben wir in einer Informationsgesellschaft, die durch bruchstückhaftes Wissen über eine immer komplexere Welt gekennzeichnet ist“. Es sei sehr anstrengend geworden, sich über Politik ein Urteil zu bilden. Dies erkläre zum Teil auch die inzwischen weit verbreitete Unzufriedenheit und Politikverdrossenheit der Bürger. Fazit: Die Demokratie sei wahrlich eine noch anspruchsvollere Regierungsform geworden.

Die Entwicklung der Demokratie in Lateinamerika

Nachdem Frau Prof. Neuss die globalen Herausforderungen für die demokratischen politischen Systeme in der Welt herausgestellt hatte, befasste sich **Fabiana Cianfanelli** mit der spezifischen Lage und dem Entwicklungsstand der Demokratie in Lateinamerika. Frau Cianfanelli erklärte, dass sich die Demokratie in den letzten drei Jahrzehnten in allen Länder der Region – bis auf Kuba und bedauerlicherweise seit kurzem auch Honduras – durchgesetzt habe, dennoch gebe es nach wie vor mehrere Probleme, die die lateinamerikanischen Regierungen vor eine große Herausforderung stellen würden.

Dies sei zum einen die Verringerung der Kluft zwischen Arm und Reich. Eine Gesellschaft könne nur dann als demokratisch angesehen werden, wenn man auch gleichzeitig von sozialer Gerechtigkeit hinsichtlich der möglichen Erlangung der eigenen Wohlfahrt reden könne. Trotz einer insgesamt guten bis sehr guten makroökonomischen Entwicklung in den letzten Jahren habe es nur wenig Verbesserung hinsichtlich der sozialen Schieflage in den meisten Ländern gegeben. Letztendlich würde diese Sachlage auch das demokratisch-marktwirtschaftlich orientierte Politiksystem gefährden, da die Gefahr bestehe, dass die fortwährende Akzeptanz dieses Ordnungsrahmens in Frage gestellt werde und die allgemeine Bereitschaft wachsen könne, sich anderen Politik- und Wirtschaftsmodellen zuzuwenden.

Ein weiteres Problem in Lateinamerika ist laut Cianfanelli der Mangel an demokratischer Institutionalität. „Institutionelle Qualität“ sei genauso erforderlich wie die Existenz von demokratischen Institutionen: ein hoher Grad an Transparenz, eine niedrige Korruptionsrate, die Möglichkeit, Regierungen für ihre Handlungen zur Rechenschaft zu ziehen, sowie gute Regierungsführung (good governance) seien unerlässlich für eine Konsolidierung der Demokratie. In all diesen Punkten habe Lateinamerika noch viel Nachholbedarf, des Weiteren gebe es große Unterschiede zwischen den einzelnen Ländern der Region.

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

CHILE

MARTIN F. MEYER

2. August 2010

www.kas.de/chile

In der Vergangenheit habe es keine Möglichkeit geben, diese regionalen Unterschiede zu vergleichen. Dieser Umstand habe im Jahr 2002 die Konrad-Adenauer-Stiftung und ihre Partnerorganisation Polilat.com dazu veranlasst, den Demokratie-Index Lateinamerika (IDD-Lat) ins Leben zu rufen, um alljährlich den Stand der demokratischen Entwicklung in den Ländern der Region anhand von ausgewählten Indikatoren zu messen. Diese würden nicht nur die formellen Grundvoraussetzungen der Demokratie umfassen, wie die Existenz von freien Wahlen oder eines allgemeinen Wahlrechts, sondern auch Attribute bezüglich der „tatsächlichen Demokratie“, wie z.B. die Achtung von politischen Rechten und Bürgerfreiheiten, die Qualität der Institutionen und der politischen Effizienz, oder die Regierungsfähigkeit und -kompetenz in der Schaffung einer wohlstandssichernden (soziale Gerechtigkeit) sowie die Wirtschaftsleistung fördernden Politik.¹

Die statischen Ergebnisse würden belegen, dass sich seit der ersten Messung vor acht Jahren der regionale Durchschnitt kaum verändert habe. Ausgeweitet habe sich dagegen die Kluft des demokratischen Entwicklungsstands zwischen den bestplatzierten und den übrigen Ländern des Subkontinents. Insgesamt gebe es eine große Schwankungsbreite aufgrund diverser qualitativer und quantitativer Unterschiede. Den ersten Platz würden immer abwechselnd Chile, Costa Rica und Uruguay belegen, während Venezuela in den letzten Jahren erwartungsgemäß das am schlechtesten platzierte Land gewesen sei. Obwohl Chile in der aktuellsten Studie den ersten Platz einnehme, sollte sich das Land laut Cianfanelli nicht auf seinen Lorbeeren ausruhen, da die große soziale Ungleichheit im Lande den demokratischen Grundkonsens in Zukunft auf eine harte Probe stellen könnte.

Chile: 20 Jahre nach der Rückkehr der Demokratie

Im anschließenden Panel herrschte Einstimmigkeit unter allen Teilnehmern, dass

sich Chile in den letzten zwanzig Jahren sehr positiv entwickelt habe. Im regionalen Vergleich könne das Land in der Tat einen mittlerweile hohen Grad an demokratischer Konsolidierung vorweisen – laut des Christdemokraten **Sergio Molina** eine außerordentliche Leistung, wenn man sich an die Situation während der Militärdiktatur zurück erinnere. Auch in wirtschaftlicher Hinsicht könne das vielfach als Musterland bezeichnete Chile eine positive Bilanz aufweisen: ein andauerndes Wirtschaftswachstum, eine niedrige Inflationsrate, ein ausgeglichener Haushalt, eine große Reduzierung der Armut und der sozialen Ungleichheit, die Liste lasse sich beliebig fortführen. Auch die negativen Auswirkungen der globalen Finanz- und Wirtschaftskrise habe der kleine Andenstaat viel besser gemeistert als zahlreiche andere Länder. „All dies haben wir auch der erfolgreichen Regierungsarbeit der Concertación in den letzten zwei Jahrzehnten zu verdanken“, so **Ricardo Núñez**. „Wir können stolz sein auf das Geleistete“. Nie in der 200-jährigen Geschichte des Landes habe es einen so immensen Sprung gegeben wie in den letzten zwanzig Jahren.

Dennoch waren sich alle einig, dass es in Chile immer noch eine Reihe von wichtigen Herausforderungen gebe. „Wir brauchen mehr Qualität und nicht nur Quantität“, so **Molina**. Sozialpolitisch müsse hauptsächlich der niedrigen Bürgerpartizipation und dem teilweise mangelhaften Bildungswesen entgegengewirkt werden. In wirtschaftlicher Hinsicht sollte hingegen das soziale Netz in Zukunft noch stärker ausgebaut werden, da es im Lande noch immer einen hohen Grad an Armut sowie eine große Diskrepanz zwischen Arm und Reich aufgrund der ungleichen Einkommensverteilung gebe. In dieser Hinsicht tue sich jedoch laut **Alberto Undurraga** ein wichtiges Dilemma auf, und zwar die Frage, wie man die Armut beseitigen, gleichzeitig jedoch eine Politik für die Mehrheit des Landes – sprich die Mittelschicht – verfolgen könne. Dies sei ein Thema, mit dem sich das CDC künftig befassen müsse.

Carolina Tohá betonte derweil die weitere demokratische Konsolidierung und Modernisierung des Staates. So seien z.B. die Pro-

¹ Siehe <http://www.idd-lat.org/index.html>

zesse von Dezentralisierung und kommunaler Selbstverwaltung und die Erneuerung der politischen Parteien in den letzten Jahren ins Stocken geraten. Das aktuelle politische System sei mehr darauf gerichtet, Stabilität zu garantieren anstelle von Wandel und Veränderung. So würden z.B. der hohe Grad an Zentralisierung und das binominale Wahlrecht weder die Mehr- noch die Minderheiten im Lande begünstigen. Eine wichtige Herausforderung für die Zukunft sei daher laut **Núñez** die Entwicklung eines angemessenen ordnungspolitischen Verfassungsrahmens.

Wie zu erwarten nutzten die Panelisten auch die Gelegenheit, um sich zur Niederlage in den jüngsten Präsidentschaftswahlen gegen den Unternehmer Sebastián Piñera vom Parteienbündnis „Coalición por el Cambio“ zu äußern. Am 17. Januar 2010 hatte das Mitte-Links-Bündnis „Concertación“ – bestehend aus der Christlich-Demokratischen Partei (PDC), der Sozialistischen Partei (PS), der Sozialdemokratischen Partei (PPD) sowie der Radikalen und Sozialdemokratischen Partei (PRSD) – zum ersten Mal seit zwanzig Jahren und der Rückkehr zur Demokratie die Wahlen um das höchste politische Amt im Lande gegen einen Kandidaten aus dem Lager der Mitte-Rechts-Parteien verloren.²

Nach Meinung des Sozialisten **Núñez** müsse man nun gründlich analysieren, „was wir in den letzten 20 Jahren gut gemacht haben und was wir schlecht gemacht haben, genauso wie die verschiedenen Faktoren, die zur Niederlage geführt haben. Dies ist etwas, was wir bisher nicht getan haben“. Die chilenische Rechte sei im Moment besser in der Lage, die Herausforderungen des 21. Jahrhunderts zu meistern als die Concertación, die es verfehlt habe, sich den neuen Realitäten anzupassen.

Ähnlich äußerte sich die ehemalige Regierungssprecherin **Tohá**. Die Concertación habe die Wahlen verloren, da sie sich in den letzten Jahren nicht mehr bemüht habe,

neue Antworten auf die Probleme des Landes zu finden. Hochmut und Fahrlässigkeit hätten das Bündnis zuletzt bestimmt, diese Einstellung gelte es nun in der Opposition als allererstes zu revidieren.

Der christdemokratische Bürgermeister **Undurraga** vertrat die Ansicht, dass man auch wieder träumen und ein längerfristiges Ziel haben müsse, um die Bürger zu begeistern. Zuletzt habe sich die Concertación lediglich auf das tagtägliche Politikgeschäft fokussiert. Alle vier Parteien der Concertación seien aufgefordert, ihre eigene Identität zu stärken und diese dann in das Bündnis einzubringen. Besonders die Identität der Christdemokratischen Partei sei in den letzten Jahren verloren gegangen. Die Zeit in der Opposition sollte daher als Chance betrachtet werden: „Krisen können auch eine gute Gelegenheit sein, um aus ihnen zu lernen“.

Molina hingegen erklärte, dass es eine große Herausforderung für die Concertación seien werde, die jeweiligen Identitäten und das gemeinschaftliche Projekt in Einklang zu bringen. „Es gibt keinen Zweifel daran, dass es für Concertación schwieriger sein wird, in der Opposition Einheit zu bewahren als noch in der Regierung“. Eine mögliche Dreiteilung des Parteienspektrums – Links, Mitte, Rechts – bewertete er als großes Risiko für die Zukunft des Landes.

Wie baut man eine starke Gemeinschaft auf? Solidarität, soziale Gerechtigkeit und Bürgerpartizipation

Das zweite Forum des Tages beschäftigte sich mit dem Konzept der Gemeinschaft und dessen Beziehung zur Demokratie. Herr **Guillermo León Escobar**, ehemaliger Botschafter Kolumbiens am Heiligen Stuhl sowie Professor an der Gregorianischen Universität in Rom, unterstrich in seinem Vortrag die herausragende Rolle von Solidarität und sozialer Kohäsion als Pfeiler des demokratischen Grundkonsenses, während Herr **Rolando García Alonso**, Koordinator für Internationale Beziehungen des mexikanischen Instituts für Migration und ehemaliger Abgeordneter seines Landes, die Notwen-

² Siehe Jung & Meyer (2010). „Der Beginn einer neuen Ära in Chile“. KAS-Auslandsinformationen 3/2010. http://www.kas.de/wf/doc/kas_18991-544-1-30.pdf

CHILE

MARTIN F. MEYER

2. August 2010

www.kas.de/chile

digkeit einer aktiven Bürgergesellschaft für eine lebendige Demokratie herausstellte.

Ein von **Andrés Zaldívar** (Führer der Christdemokratischen Partei Chiles im Senat) moderiertes Panel befasste sich anschließend mit dem Stand des Gemeinwesens in Chile. Hierzu gaben **Frau Soledad Alvear**, Senatorin des Parlaments, **Herr Rodrigo Tupper**, Vikar der Arbeitervereinigung, **Frau Ximena Rincón**, ebenfalls Senatorin, und **Herr Emiliano Soto**, Bischof der evangelikalen Kirche und Präsident des Ausschusses der evangelikalen Einrichtungen in Chile, ihre Meinungen wieder.

Solidarität und soziale Kohäsion als Pfeiler des demokratischen Grundkonsenses

Im ersten Teil seines Vortrags widmete sich **Guillermo León Escobar** der Definierung des Konzepts der Solidarität. In erster Linie handele es sich bei diesem Begriff um einen „fundamentalen Wert“, nämlich die Wahrnehmung der Verantwortung aller für den Aufbau der gemeinsamen Zukunft. Ungeklärt sei jedoch die Frage, wie genau dieser Wert entstanden sei, da es unterschiedliche Auffassungen gebe, ob der Mensch von Natur aus solidarisch sei oder nicht. Ungeachtet welche Meinung man vertrete, könne nicht bestritten werden, dass es sich bei der Solidarität zum großen Teil auch um eine „soziale Konstruktion“ handele. Diese Tatsache würde die große Bedeutung der Gemeinschaft erklären, in welcher dem Menschen die gemeinsamen Werte und damit auch das Solidaritätsempfinden für andere vermittelt werden. So sei z.B. in Deutschland das wirtschaftliche Ordnungskonzept der sozialen Marktwirtschaft als Ausdruck der Solidarität entstanden.

Hinsichtlich des zweiten Begriffes, der Sozialen Kohäsion, war Escobar der Ansicht, dass dieser gesellschaftliche Zusammenhalt nur in Anwesenheit eines hohen Grades an Solidarität entstehen könne. Solidarität führe zu Sozialer Kohäsion, Voraussetzung dafür sei jedoch die Demokratie. Nur in einer Demokratie könne es Solidarität und Soziale Kohäsion geben. Solidarität und soziale Kohäsion seien daher genauso Pfeiler des demokratischen Grundkonsenses wie umge-

kehrt. Escobar erklärte, dass auch die gemeinsame Zukunft von diesen Aspekten abhängen würde. So sei die Solidarität unerlässlich, um den Herausforderungen der Globalisierung entgegenzutreten zu können. Bisher habe es jedoch nur eine „Globalisierung der Märkte“ gegeben, und nicht der gemeinsamen Werte hinsichtlich der Solidarität mit dem nächsten.

Die Notwendigkeit einer aktiven Bürgergesellschaft für eine lebendige Demokratie

Anschließend analysierte Herr **Rolando García Alonso** die unentbehrliche Funktion von Bürgerpartizipation in einer Demokratie. Seiner Ansicht nach würde erst ein hohes Maß an Bürgerpartizipation die Brücke zwischen den beiden Begriffen des Symposiums – Demokratie und Gemeinschaft – schlagen. Ein wichtiger Faktor für die Existenz von Bürgerbeteiligung sei umgekehrt aber auch das Bestehen der Gemeinschaft, denn „als Mitglieder einer Gemeinschaft haben wir nicht nur Rechte sondern auch Pflichten. Bürgerbeteiligung ist in dieser Hinsicht die höchste Form der Realisierung der eigenen sozialen Verantwortung“. Die Entscheidung, am politischen Prozess teilzunehmen, sei dennoch eine rein persönliche: „Beteiligung entsteht erst dann, wenn jeder einzelne den Mut hat, in seiner Gesellschaft ein Protagonist zu werden“.

Die Bürgerbeteiligung würde eine Reihe von wichtigen Funktionen erfüllen. Zum einen erleichtere sie die Formulierung der langfristigen Interessen der Gemeinschaft, ungeachtet der Entscheidungen und Interessen der jeweiligen Regierung, die kurzfristig und vom nächsten Wahlergebnis motiviert sein könnten. In diesem Sinne würde das bürgerschaftliche Engagement eine größere Vielfalt von Interessen bündeln und damit genauer das Gemeinwohl definieren können. Wäre dies nicht der Fall, würde nur die Stimme von einigen wenigen zählen – „in einer Gemeinschaft ohne bürgerschaftliches Engagement, ist das einzige Wort das zählt, das des Stärksten“. Einer aktiven Bürgerbeteiligung komme zudem eine wichtige Schlüsselrolle hinsichtlich den politischen Parteien zu. In den Worten von Vaclav Havel, nur eine lebendige Bürgerbeteiligung

könne den politischen Parteien „die nötigen Wurzeln geben, aus denen sie ihre Nährstoffe erhalten können“.

Sowohl die chilenischen Christdemokraten (PDC) als auch seine „Partei der Nationalen Aktion“ (PAN) hätten sich für „die Entstehung einer Schicksalsgemeinschaft, in der die Bürger Protagonisten im politischen, sozialen und wirtschaftlichen Leben sind“ ausgesprochen. Es sei jedoch nicht ausreichend, sich lediglich mit dem Konzept der Bürgerbeteiligung zu identifizieren, man müsse auch aktiv Wege anlegen, um diese zu verwirklichen. Ein erster wichtiger Punkt betreffe die Bildung der Bürger. Nur mit einem hohen Grad an Bildung könne man die für Partizipation nötigen Werte und Tugenden von Freiheit und individueller Verantwortung vermitteln. Aber auch das öffentliche Bewusstsein der Zugehörigkeit zu einer Nation und Gemeinschaft gehöre dazu.

Die Wissenschaft und Technik würden dem Menschen eine Fülle von neuen Wegen bieten, um die Bürgerbeteiligung zu stimulieren. „Wir können nicht andere Ergebnisse bekommen, wenn wir weiterhin immer dieselben Verfahren verwenden“. Gefördert werden müssten auch die Partnerschaften zwischen den Organisationen der Zivilgesellschaft, um so zwischen den Menschen und den Organisationen „Brücken der Kommunikation“ zu bauen. Besonders die Regierungen könnten in dieser Hinsicht viel unternehmen, um diese Vernetzung zu erleichtern.

Für eine gemeinschaftlichere Gesellschaft in Chile

Nicht nur Chile sondern auch alle anderen Länder der westlichen Welt stünden vor der großen Herausforderung, die Förderung und Stärkung des Gemeinwesens in Zeiten eines ständig anwachsenden Individualismus und Konsumismus auch weiterhin zu garantieren, so das einstimmige Urteil der vier Teilnehmer des anschließenden Panels. „Wir befinden uns nicht nur in einer Epoche des Wandels sondern auch in einer sich wandelnden Epoche“, befand **Soledad Alvear**. Der Begriff der „Postmoderne“ sei repräsentativ für diese strukturellen Veränderungen,

die sich unter anderem durch eine Dehumanisierung der Gesellschaft und Schwächung des Kommunitarismus auszeichnen würden. Kommunitaristische Auffassung sei es, dass an erster Stelle die Interessen der Gemeinschaft stünden, so **Emiliano Soto** der evangelikalischen Kirche.

Alle politischen Akteure, so **Alvear**, die sich mit dem christlichen Humanismus identifizieren würden, müssten sich und ihre Denkweise an diese neue Realität anpassen, ohne dabei jedoch die grundlegenden Werte aufzugeben: „Basierend auf unseren universellen und unantastbaren Prinzipien – sprich: unserer Doktrin – müssen wir lernen, angesichts jeder Art von Wandel eine flexible Ideologie zu entwickeln und den politischen Gedanken des christlichen Humanismus permanent zu erneuern“, so die Senatorin und frühere Justiz- und Außenministerin der PDC. Für die andere christdemokratische Senatorin des Panels, **Ximena Rincón**, bedeutet dies an erster Stelle „ein Ende der Dichotomie zwischen liberal und konservativ“.

Laut **Alvear** seien die beiden in unserer Zeit dominierenden ordnungspolitischen Paradigmen – der Zentralismus auf der einen und der freie Markt auf der anderen Seite – „kläglich gescheitert“, ersterer mit dem Fall der Berliner Mauer in 1989, letzterer mit der globalen Finanz- und Wirtschaftskrise in 2008. „Wir haben zwei Monster geschaffen: den Markt und den Staat. Beide sind selbstverständlich notwendig. Man darf jedoch den Menschen und die Gemeinschaft nicht vernachlässigen“. Eine gute Gesellschaft sei eine Gesellschaft, die aus drei Pfeilern bestehe: Staat, Markt und Gemeinschaft. Alle drei müssten sich ergänzen und aufeinander abgestimmt werden. Der Mensch dagegen müsse Dreh und Angelpunkt dieser drei Pfeiler sein: „Der Staat, der Markt und die Gemeinschaft müssen stets ergänzende Mittel sein, um den Menschen zu dienen“. Im Mittelpunkt der Denkweise des christlichen Humanismus stünden deshalb stets der Mensch und seine unantastbaren Grundrechte.

Dem stimmten sowohl **Rodrigo Tupper** als auch **Emiliano Soto** enthusiastisch zu. Die

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

CHILE

MARTIN F. MEYER

2. August 2010

www.kas.de/chile

Wirtschaft und der Markt müssten stets dem Menschen untergeordnet werden und an erster Stelle müsste die Erfüllung der jeweiligen Menschenwürde stehen, nicht das Streben nach individuellem Eigentum oder Profit. Die soziale, wirtschaftliche und ökologische Nachhaltigkeit wie auch die kulturelle Identität des Landes seien Grundprinzipien des christlichen Humanismus. Für diese ideologische Ausrichtung sei es ferner von entscheidender Bedeutung, eine angemessene Vertretung der Bürger im politischen Bereich zu gewährleisten. Deswegen müsse den verschiedenen Sektoren die Möglichkeit geboten werden, sich an der politischen Debatte und den entsprechenden Entscheidungen beteiligen zu können. „Die Bürgerpartizipation ist das beste Mittel, um zum Gemeindewohl beizutragen“, so **Alvear**.

Um dies zu erreichen, so **Tupper**, sei es dringend notwendig, alle Arten von gemeinschaftlichen Organisationen zu stärken, „beginnend mit unseren Familien, gefolgt von den Basisorganisationen in unseren Nachbarschaften und Gemeinden, und anschließend in der Welt der Wirtschaft und ihren Gewerkschaften“.

Auch **Rincón** betonte die Stärkung der Familie und der Gemeinschaft am Arbeitsplatz als primäres Ziel. Um dieses zu erreichen, müsse Chile die internationalen Erfahrungen studieren und gegebenenfalls anwenden. Besonders vom Beispiel Deutschland könne man lernen, wo die Eltern zwischen einem finanziellen Zuschuss für jedes Kind oder einer Steuererleichterung wählen könnten. Darüber hinaus würden Kinder nicht als eine „Last“ für die Gesellschaft wahrgenommen, da man in Deutschland erkenne habe, dass Eltern Zeit und Geld in die Ausbildung der Kinder investierten, was wesentlich für das Überleben der Gesellschaft sei.

Bezüglich der Situation in Chile, war **Tupper** der Ansicht, dass das schwere Erdbeben vom 27. Februar sowohl positive als auch negative Aspekte über den Zustand des hiesigen Gemeinwesens offenbart habe. Die große Welle der Solidarität sowie die Spenden in Millionenhöhe seien sehr erfreulich gewesen, die zahlreichen Plünderungen

und Überfälle auf privates Eigentum in den besonders betroffenen Regionen hingegen völlig inakzeptabel gewesen. „Ich glaube, dass uns das Erdbeben mit seinen desaströsen Folgen vor eine große Herausforderung gestellt hat, wie wir im 21. Jahrhundert eine gemeinschaftlichere Gesellschaft in Chile errichten können. Dieses Ereignis hat unsere immense Verwundbarkeit und unsere künftigen Aufgaben allzu deutlich zum Vorschein gebracht“. Chile benötige eine tiefgehende Diskussion über die Entstehung einer nicht nur engagierten sondern insbesondere auch solidarischen Bürgerschaft. „Die Solidarität ist nicht etwas Optionales, sondern unerlässlich für unser Modell der menschlichen Entwicklung sowie für unsere Glückseligkeit im Leben“.

Bildung und Demokratie

Im dritten und letzten Forum – moderiert von Herrn **Patricio Zapata**, Direktoriumsmitglied des CDC und Dekan der Rechtsfakultät der Universidad de Las Américas – wurde die Verbindung zwischen Bildung und Demokratie analysiert. Herr **Andrés Delich**, Direktor des Centro de Estudios en Política Pública (CEPP) in Argentinien und Berater zahlreicher lateinamerikanischer Regierungen, erläuterte in diesem Sinne die neuen Herausforderungen für das Bildungswesen in Lateinamerika, gefolgt von Frau **Beate Neuss**, die sich in ihrem zweiten Vortrag dem Thema „Politische Bildung als Vermittlung von wertebezogenen Grundlagen zur Konsolidierung der Demokratie“ widmete.

Ein letztes Panel mit weiteren namhaften chilenischen Experten, moderiert von Herrn **Sergio Bitar**, ehemaliger Minister für Bildung und für öffentliches Bauwesen, rundete die Veranstaltung ab. Zum Thema „Aufbau der Demokratie durch Bildung“ äußerten sich Herr **Pedro Montt**, ehemaliger stv. Bildungsminister, Herr **Harald Beyer**, Akademischer Koordinator des Centro de Estudios Públicos (CEP), Herr **Mariano Ruiz Esquide**, langjähriger Senator des Parlaments, und Herr **Claudio Orrego**, Bürgermeister von Peñalolén.

CHILE

MARTIN F. MEYER

2. August 2010

www.kas.de/chile*Die neuen Herausforderungen des Bildungswesens in Lateinamerika*

Andrés Delich betonte, dass er zuallerletzt die Gelegenheit nutzen wolle, um der erfolgreichen Bildungspolitik der Concertación in den letzten zwanzig Jahren Tribut zu zahlen. Delich vertrat die Ansicht, dass alle Länder der Region in den letzten Jahren neidisch auf das chilenische Bildungssystem gewesen seien. Die fast universelle Schulausbildung von jungen Menschen im Alter von 5 bis 17 Jahren, die guten Ergebnisse in den PISA-Studien, sowie die staatlichen Reformen zur weiteren Verbesserung des Bildungswesens seien nur einige der wichtigsten Daten. Am meisten beeindruckte ihn jedoch die Tatsache, dass in Chile heutzutage zwei Drittel aller Jugendlichen mit einer höheren Schulbildung aus Familien stammten, in denen die Eltern kein Studium absolviert hätten. Dies sei ohne Zweifel der größte Beweis dafür, wie sich die Bildung im Laufe der letzten Jahre demokratisiert habe und in Zukunft eine Gesellschaft mit einem größeren sozialen Zusammenhalt zur Folge haben dürfte.

Bezüglich seines Vortragsthemas über die aktuellen Herausforderungen müsse man – so Delich – zuerst die Geschichte des Bildungswesens in Lateinamerika verstehen. Vor mehr als 100 Jahren seien fast 80 Prozent der Bevölkerung noch analphabetisch gewesen. Für die damaligen Staatsgründer sei dieser Sachverhalt untragbar gewesen: die Schaffung eines modernen Staates, der Nationalität und des kapitalistischen Marktes seien unter diesen Bedingungen nicht vorstellbar gewesen. Dies habe die Einführung eines zentralisierten und standardisierten Bildungssystems in den Ländern Lateinamerikas sowie einer massiven Schulung von Jugendlichen nach sich gezogen. Hundert Jahre später, in den siebziger Jahren, seien daher fast überall sowohl die Grundschul- als auch die höhere Bildung vereinheitlicht gewesen. Diese „phänomenale Vorrichtung“ habe es ermöglicht, innerhalb eines Jahrhunderts die Analphabetenrate auf circa 4 Prozent zu senken.

Seit den siebziger Jahren würden sich die lateinamerikanischen Staaten jedoch einer

neuen Herausforderung stellen müssen: „Das Recht auf Bildung war nun nicht mehr eine Forderung des Staates, sondern der ganzen Gesellschaft, die es verstanden hatte, dass sie durch Bildung ihre Lebensbedingungen erheblich verbessern konnte“. Mit diesem Wandel habe sich auch eine kritischere Haltung der Öffentlichkeit gegenüber dem Bildungswesen herauskristallisiert. Lehrkräfte, die für die „Vermassung der Bildung“ ausgebildet worden waren, seien nun nicht in der Lage gewesen, die neuen Qualitätsanforderungen der Gesellschaft zu erfüllen. Auch die wachsende Ungleichheit des Systems habe sich zunehmend bemerkbar gemacht. Das Schulwesen sei daraufhin nicht mehr in der Lage gewesen, die gleiche Qualität von Bildung für alle jungen Menschen zu garantieren.

Seitdem werde die Bildungspolitik in Lateinamerika nicht nur in Bezug auf den Zugang, sondern auch in Bezug auf die Herstellung von Gerechtigkeit und Qualität bewertet. Alle Regierungen in der Region hätten in den letzten 25 Jahren versucht, das vormals erfolgreiche Konzept einer flächendeckenden Ausbildung zwar zu erhalten, gleichzeitig jedoch versucht, die Schaffung von mehr Gerechtigkeit und Qualität durchzusetzen. Dieses Problem sei nach wie vor die größte Herausforderung für das Bildungssystem in Lateinamerika, welches von den Regierungen so schnell wie möglich gelöst werden müsse.

Politische Bildung als Vermittlung von wer-tebezogenen Grundlagen zur Konsolidierung der Demokratie

Dass die Demokratie eine anspruchsvolle Regierungsform sei und von den Bürgern ein hohes Maß an Partizipation und Mündigkeit verlange, dies sei laut **Beate Neuss** im Laufe des Tages klar geworden. Niemand werde als Demokrat geboren, deshalb sei die Vermittlung von demokratischen Werten so wichtig. Ziel der politischen Bildung müsse es daher sein, das demokratische Bewusstsein in der Bevölkerung zu stärken und den Bürger zu befähigen, mündig, kritisch und aktiv am politischen Leben teilzunehmen. Um dies zu erreichen, müsse insbesondere das Bewusstsein für die eigene

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

CHILE

MARTIN F. MEYER

2. August 2010

www.kas.de/chile

Geschichte sowie für die Werte der Demokratie – Freiheit, Rechtsstaatlichkeit, Pluralismus, sowie eine sozial gebundene Marktwirtschaft und Verantwortlichkeit – geweckt werden.

Deutschland habe ihrem Wissen nach das weltweit ausgefeilteste System der politischen Bildung, was in erster Linie mit der eigenen Geschichte des Nationalsozialismus zu tun habe. Sehr früh nach der Gründung der Bundesrepublik habe die Regierung beschlossen, die Bundeszentrale für politische Bildung zu gründen, deren wissenschaftlichen Beirat sie acht Jahre angehört habe. Bald danach seien von den einzelnen Bundesländern eigene Zentralen für politische Bildung etabliert worden. Auch die politischen Stiftungen der Bundesparteien würden eine ihrer Hauptaufgaben auf diesem Gebiet sehen, die anders als die Bundes- und Landeszentralen jedoch nicht parteipolitisch neutral bleiben müssten, sondern in ihrem jeweiligen politischen und gesellschaftlichen Umfeld wirken würden.

Angeleitet von ihren Erfahrungen in der Bundeszentrale für politische Bildung und der Konrad-Adenauer-Stiftung, erklärte Frau Neuss die verschiedenen möglichen Instrumente der politischen Bildung, wie z.B. Publikationen, Veranstaltungen, Web, Bildungswerke, Summer Schools, etc. Egal welche Form benutzt werde, für den Erfolg der Arbeit sei es stets notwendig, den richtigen Personenkreis anzusprechen: „Ziel politischer Bildung ist der mündige Bürger, der sich ehrenamtlich oder parteipolitisch engagiert. Dazu bedarf er besonderer Fähigkeiten und Techniken jenseits solider Kenntnisse über Sachverhalte“. Entscheidend für eine erfolgreiche Bildung sei auch die regelmäßige Evaluierung aller Aspekte dieses Prozesses durch die Teilnehmer, die ferner die Chance haben sollten, sich stets zu beteiligen. Politische Bildung sei keine Propaganda, sondern in erster Linie die intensive und kritische Diskussion über Politik, Wirtschaft und Gesellschaft. Nur so könne man den Bürger für diese Themen auch begeistern.

Aufbau der Demokratie durch Bildung

Im letzten Panel des Tages betonten alle vier chilenischen Experten die wichtige Funktion von Bildung für die Stärkung der Demokratie und die Befähigung der sie tragenden Bürger. Laut **Harald Beyer** verschaffe ein hohes Maß an Bildung „die nötigen Fähigkeiten und Kompetenzen, um in der heutigen Welt zurechtzukommen und einen positiven Beitrag zur Entwicklung des Landes leisten zu können“. **Mariano Ruiz Esquide** äußerte hingegen, dass eine Demokratie nur dann auch legitim sei, wenn sie die Chancengleichheit zwischen den Bürgern gewährleisten könne. In einem Land wie Chile, das weiterhin durch große Einkommensunterschiede gekennzeichnet sei, müsse eine gute Erziehung als das vielleicht wichtigste Mittel zur Erlangung von mehr Chancengleichheit anerkannt werden. Ohne Bildung könne es demnach keine funktionierende Demokratie geben.

Das Thema der großen sozialen Ungleichheiten in Chile führte zu einer sehr emotionalen Diskussion zwischen den vier Teilnehmern. Laut **Montt** habe es in den letzten zwanzig Jahren im chilenischen Bildungswesen viele Verbesserungen geben. So sei z.B. die Zahl der Bevölkerung, die heute über eine höhere Schulbildung verfüge, von 52 auf 80 Prozent gestiegen. Auch die nationale SIMCE-Studie, die jährlich die Bildungsqualität im Lande misst, würde eine Verbesserung des nationalen Durchschnitts in elementaren Grundkenntnissen wie Lesen und Schreiben vorweisen, besonders in den unteren Bevölkerungsschichten. Diese auf den ersten Blick erfreulichen Daten würden jedoch die wahre Realität verschleiern.

Sowohl Montt als auch Beyer präsentierten mehrere Statistiken, die belegen, dass es in Chile eine hohe Korrelation zwischen dem Familieneinkommen und dem Bildungsniveau eines jeden Schülers gibt. Nur Bulgarien – so Beyer – stünde in dieser Hinsicht noch schlechter da. Zudem sei Chile nach Brasilien das Land, in dem der Staat jährlich am wenigsten Geld pro Schüler ausbebe (\$ 2090, zum Vergleich: USA – \$ 10,821). Auch habe Chile laut OCED prozentual gesehen einen der größten privaten Bildungs-

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

CHILE

MARTIN F. MEYER

2. August 2010

www.kas.de/chile

sektoren weltweit, nur vergleichbar noch mit Japan und Korea: Kinder aus armen Familien würden fast ausnahmslos auf staatliche Schulen gehen, Kinder aus reichen dagegen fast ohne Ausnahme auf private. „Es kann nicht sein, dass im unseren Land die Armen nur mit anderen Armen lernen, die Reichen nur mit Reichen. Ist dies wirklich, was wir in unserem Land wollen?“ so der christdemokratische Bürgermeister **Orrego**. Eine derart segregierte Gesellschaft sei auf Dauer nicht tragbar.

Orrego war des Weiteren der Meinung, dass besonders eine Verbesserung der öffentlichen Schulen und deren institutionelle Kapazitäten ein primäres Ziel sein müsse. „Seit Jahren reden wir schon über das Problem der sozialen Ungleichheit. Wir müssen endlich handeln. Es ist die Pflicht aller Christdemokraten dafür zu sorgen, dass kein Kind zurückgelassen wird“. Natürlich sei dies nicht nur ein Problem des Geldes, „wir müssen aber trotzdem anfangen, unser Portemonnaie zu öffnen und dort handeln, wo wir es mit Worten schon lange tun“.

Dem stimmte auch **Ruiz Esquide** zu: Bessere Bildung für alle Chilenen, ohne Unterschiede zwischen öffentlichen und privaten Einrichtungen, zwischen armen und reichen Bürgern – dies müsse das Ziel für die Zukunft des Landes sein. Die Christdemokratische Partei Chiles habe sich stets durch solch ambitionöse Ziele und eine gehörige Portion Idealismus ausgezeichnet: „Wir wurden geboren, um die Welt zu verändern. Lassen wir es nicht zu, dass die Welt uns verändert“.

Schlussworte

Höhepunkt der Veranstaltung waren jedoch zweifelsohne die Schlussworte des ehemaligen Christdemokratischen Staatspräsidenten **Patricio Aylwin**, von 1990 bis 1994 erster demokratisch gewählter Präsident Chiles nach dem Ende der Militärherrschaft, der die wichtige Funktion von Bildungs- und Beratungsinstituten wie dem CDC in der Gesellschaft würdigte. Solche Zentren seien für die Erneuerung der Politik und von Denkweisen unerlässlich. Dies treffe insbesondere auf seine Christdemokratische Par-

tei zu, welche angesichts der Niederlage in den jüngsten Präsidentschaftswahlen aufgerufen sei, sich in den nächsten Jahren grundlegend zu reformieren.

„Das Wahlergebnis und die künftigen Herausforderungen Chiles, die heute hier besprochen wurden, zwingen uns dazu, uns zu erneuern“, so der 92-jährige Aylwin. Das neue Zentrum werde der Partei in diesem Erneuerungsprozess zur Seite stehen, weshalb es in Zukunft die volle Unterstützung der Partei bekommen werde. Auch die Einblicke aus der Konferenz würden dieser parteipolitischen Erneuerung sicherlich zugute kommen. Den eigenen Pflichten müsse man nicht nur in der Regierung sondern auch in der Opposition nachkommen. „Wenn wir dies schaffen, werden wir Chile genauso viel dienen können, als wenn wir immer noch in der Regierung wären“.

Nach den Worten des ehemaligen Präsidenten wurde dem Publikum ein Video einer Direktoriumssitzung des CDC gezeigt, womit gleichzeitig die Homepage der neuen Organisation ihren Betrieb aufnahm.³

Ein Empfang für die Teilnehmer der Gründungskonferenz rundete den mit mehr als 20 Rednern sehr langen und aufschlussreichen Veranstaltungstag ab.

³ Aufrufbar unter:
<http://www.cdc.cl/video/index.php>

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V. **Fotos der Veranstaltung**

CHILE

MARTIN F. MEYER

Foto 1: Juan Carlos Latorre, Winfried Jung und Edgardo Riveros

2. August 2010

www.kas.de/chile



Foto 2: Edgardo Riveros begrüßt die Teilnehmer



Foto 3: Francisco Frei, Beate Neuss und Fabiana Cianfanelli



Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

CHILE

MARTIN F. MEYER

2. August 2010

www.kas.de/chile

Foto 4: Ricardo Núñez, Sergio Molina, Patricio Vallespin, Carolina Tohá und Alberto Undurraga



Foto 5: Guillermo León Escobar, Marigen Hornkohl und Rolando García Alonso



Foto 6: Soledad Alvear, Ximena Rincón, Andrés Zaldivar, Rodrigo Tupper und Emiliano Soto



Konrad-Adenauer-Stiftung e.V. Foto 7: Andrés Delich, Patricio Zapata und Beate Neuss

CHILE
MARTIN F. MEYER

2. August 2010

www.kas.de/chile



Foto 8: Harald Beyer, Mariano Ruiz Esquide, Sergio Bitar, Pedro Montt und Claudio Orrego



Foto 9: Patricio Aylwin und Cristina Orellana

